



Auswärtiges Amt

Dr. Frank-Walter Steinmeier

Bundesminister des Auswärtigen
Mitglied des Deutschen Bundestages



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Dr. Barbara Hendricks

Bundesministerin für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Mitglied des Deutschen Bundestages

Frau
Sylvia Kotting-Uhl MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Dr. Anton Hofreiter MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, 26. Aug. 2014

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 23. Juli 2014, in dem Sie die Frage der Sicherheit von Atomanlagen in der Ukraine vor dem Hintergrund der dortigen Entwicklungen aufgreifen.

Wir verfolgen die Lage in der Ukraine sehr aufmerksam in allen ihren Dimensionen. Die Bundesregierung ruft alle Seiten dazu auf, Maßnahmen zur Deeskalation zu ergreifen. Mit besonderer Besorgnis beobachten wir die fortdauernden gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Ostukraine. Die Bundesregierung ist erschüttert vom mutmaßlichen Abschuss der malaysischen Passagiermaschine MH 17 am 17. Juli 2014, bei dem 298 unschuldige Menschen getötet wurden.

Seit dem Beginn der Krise wurden unserer Kenntnis nach die Maßnahmen für den physischen Schutz der Nuklearanlagen durch die ukrainischen Behörden erhöht. Auf Bitten der ukrainischen Behörden entsandte die NATO im April 2014 im Rahmen

bestehender Kooperationen ein Team ziviler Experten zur Überprüfung der Notfallpläne für kritische Infrastruktur und Zivilschutz. Eine unmittelbare Gefährdung der ukrainischen Nuklearanlagen lässt sich derzeit nicht erkennen.

Dennoch hat die Bundesregierung wie bereits in der Vergangenheit ein elementares Interesse daran, dass neben der Gewährleistung der Betriebssicherheit die ukrainischen Kernkraftwerke auch gegen Anschläge ausreichend geschützt werden.

Aus diesem Grund setzt Deutschland die mit der Ukraine bereits seit über 20 Jahren bestehende enge Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit und Sicherung der ukrainischen Nuklearanlagen fort. Unter anderem steht die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mit der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde und mit Sachverständigen der Ukraine in einem ständigen technisch-wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch mit dem Ziel, die nukleare Sicherheit und Sicherung zu verbessern.

Im Rahmen der G7/G8-Initiative Globale Partnerschaft (GP) gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien hat die GRS im Auftrag der Bundesregierung zwischen 2009 und 2013 die ukrainischen Behörden bei der Sicherung, Lagerung und Entsorgung radioaktiver Quellen unterstützt.

Die Ukraine ist darüber hinaus als Beobachter in der Western European Regulators Association (WENRA) vertreten. In diesem Kreis erfolgt ein ständiger Erfahrungsaustausch der Leiter der europäischen Aufsichtsbehörden zu Fragen der nuklearen Sicherheit.

Die ukrainische Regierung hat sich kürzlich an die 28 Mitglieder der G7/G8-GP-Gruppe mit der Bitte um Unterstützung, unter anderem im Bereich der nuklearen Sicherheit und Sicherung, gewandt. Auch hat die ukrainische Atombehörde ihr Interesse an einer Ausweitung der Zusammenarbeit mit Deutschland, insbesondere mit der GRS, zu Fragen der Anlagensicherung geäußert. Gemeinsam mit unseren Partnern und in Gesprächen mit der ukrainischen Seite wird die Bundesregierung prüfen,



in welcher Form die internationale Gemeinschaft und Deutschland die Ukraine bei diesem Anliegen unterstützen können.

Seien Sie versichert, dass die Bundesregierung bei ihren Anstrengungen um eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine auch weiterhin die Situation der Atomanlagen gemeinsam mit unseren internationalen Partnern genau verfolgen und mit der ukrainischen Regierung auch bei diesem Thema zusammenarbeiten wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Frank-Walter Steinmeier

Dr. Barbara Hendricks